

Avanti O.

ISO Oberhausen & FreundInnen



Demonstration zum Internationalen Frauentag am 10.03.2018 in Oberhausen-Sterkrade.

Foto: ACW

100 Jahre Frauenwahlrecht – und immer noch viel zu tun Demonstration zum Internationalen Kampftag der Frauen

PETRA STANIUS

Zum dritten Mal in Folge demonstrierten anlässlich des 8. März auch in Oberhausen Frauen und Männer für Frauenrechte.

Unter dem Motto „Gutes Auskommen mit dem Einkommen ein Leben lang“ hatte das Frauen-Plenum Oberhausen für Samstag, den 10. März mit einem Bündnis dazu aufgerufen.

Dass Frauen auch heute noch deutlich niedrigere Arbeitseinkommen und Renten haben als Männer und warum dies so ist, wurde bei der Demo von mehreren RednerInnen benannt.

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Zeit scheinen auch hier Dummheit, Niedertracht und überwunden geglaubte völkische Phantastereien im Bürgertum angekommen zu sein. Ein unschönes Beispiel war die „Frauendemo“ in Bottrop. Dazu mehr in der nächsten Ausgabe.

Schwerpunkt dieser Nummer ist der Internationale Frauentag. Berichte aus Oberhausen und einen Beitrag zu Frauenrechten gibt's auf den Seiten 1 bis 3.

Der skandalöse Ausgrenzungsbeschluss der Essener „Tafel“ (Seite 4) wird auch durch populistische Äußerungen getragen.

Einige Überlegungen zum, fatalerweise auch in linken Kreisen geübten, Populismus: Seite 6.

Afrin unsere Trauer! Dort versuchen Nationalismus und Größenwahn mit Niedertracht gepaart den Fortschritt durch Morden und Brandschatzen aufzuhalten. Mit Unterstützung der BRD und der internationalen Staatengemeinschaft (Seite 5).

Auf Seite 7 der II. Teil von „Karl Marx wird 200“.

Und zu guter Letzt der Hinweis auf eine Veranstaltung zu 1848 (Seite 8).

Eure Redaktion

So wies Peter Köster von der IG BAU darauf hin, dass laut DGB die Stundenlöhne von Frauen im Durchschnitt 21 % niedriger seien als die von Männern. Berechnungen der „Arbeitgeber“ kämen auf eine Lohnlücke von 13,5 %. Dass es einen erheblichen Unterschied zwischen Männer- und Frauenlöhnen gibt, sei somit unstrittig.

In Island gäbe es bereits seit 1970 ein Gesetz, das Lohngleichheit vorschreibe. Wenn dies in einem so kleinen Land möglich sei, sollte Deutschland das

Fortsetzung auf S. 2

Inhalt

TITEL	POPULISMUS
01 Internationaler Frauentag Demo in Oberhausen FRAUEN	06 Rinks oder Lechts Kritik eines unanständigen Angebots Brecht 120
02 Ausstellung Altersarmut ist weiblich	06 Bert Brecht Das Lied von der Moldau MARX 200
03 Die Hälfte des Himmels ... Was haben wir erreicht? RUHRGEBIET	07 Karl Marx wird 200 (II) Ein bestimmtes Menschenbild
04 Essener Tafel Gegen Rassismus SOLIDARITÄT	08 Veranstaltung / Termine
05 Afrin Solidarität heißt Widerstand	

Fortsetzung von S. 1

auch können. Das hier seit Juli 2017 geltende Entgelttransparenzgesetz sei dagegen lediglich ein individuelles Auskunftsrecht ohne rechtliche Konsequenzen. Überdies würden lediglich 40 % der Frauen von dem Gesetz erfasst.

Die gestiegene Lebenserwartung bedeute auch, dass Frauen bei der gegebenen Rentensituation länger arm seien. Von Betriebsrenten seien sie meist ausgeschlossen. Um dem Problem Altersarmut zu begegnen, forderte Peter Köster eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, also auch Besserverdienende, Selbständige und BeamtenInnen.

Da Frauen häufig unfreiwillig in Teilzeit arbeiteten, während viele Männer gerne ihre Stundenzahl reduzieren würden, plädierte er für ein allgemein geltendes Recht auf Arbeitszeitverkürzung.

Die Gleichstellungsbeauftragte für Oberhausen, Britta Costecki, stellte weitere Aspekte der Einkommensungleichheit zwischen den Geschlechtern heraus:

„Frauenberufe“, also Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt würden, würden gemessen an der hierfür benötigten Qualifikation deutlich schlechter bezahlt als „Männerberufe“.

Zudem hätten Frauen überproportional häufig Minijobs oder seien prekär beschäftigt.

Für die Familienarbeit seien sie weiterhin die Hauptverantwortlichen.

All dies schlage sich in der Höhe der Arbeitseinkommen nieder und später dann in der Höhe der Renten. Wenn die Lohnlücke nicht nach dem Stundenlohn sondern unter Einrechnung von Faktoren wie Teilzeit etc. berechnet würde, so läge sie bei mehr als 45 %.

Eine weitere Ungerechtigkeit sei, dass Alleinerziehende – überwiegend Frauen – zu 45 % auf Leistungen des Jobcenters angewiesen seien. Dass dies nicht zu einem Aufschrei führt, hält Britta Costecki für ein Armutszeugnis.

Über die Frage der Einkommensgleichheit hinaus bleiben weitere Rechte, die wir noch erkämpfen müssen:

So kam bei der Demonstration auch das Thema „Gewalt an Frauen“ zur Sprache. Körperliche Unversehrtheit und der Schutz von Frauen und Kindern vor häuslicher Gewalt sind leider auch in Deutschland nicht selbstverständlich.

Suna Tanis vom Oberhausener Frauenhaus kritisierte, dass es immer noch keine gesicherte Finanzierung der Frauenhäuser gäbe. Ein Tag im Frauenhaus koste 33 Euro pro Tag. Habe die Betroffene zwei Kinder, seien es 99 Euro pro Tag. Diese Summe könnten die Frauen nicht selbst aufbringen, sie seien also auf Sozialleistungen angewiesen. Diese würden aber häufig abgelehnt. Dann bliebe nur die Finanzierung durch Spenden.

Frauenhäuser seien zudem überfüllt und könnten Notfälle kaum aufnehmen, so auch in Oberhausen.

Suna Tanis forderte einen kostenfreien, schnellen Zugang für alle von Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern zu Frauenhäusern.

Cornelia Schiemanowski von der GEW wandte sich in ihrem Redebeitrag gegen die Versuche rechter Gruppierungen, den Kampf für Frauenrechte für sich zu vereinnahmen. Was von dieser Seite käme, sei lediglich Angstmacherei. Tatsächlich sei ihre Politik gegen die Interessen von Frauen gerichtet und stelle sogar bereits durchgesetzte Rechte in Frage.

Auch der internationale Charakter des Frauentags kam bei der Demonstration zum Ausdruck: Mehrere Beiträge nahmen Bezug auf den Frauenstreik, an dem sich am 8. März zahlreiche Frauen – und auch Männer – in aller Welt beteiligt hatten. So legten in Spanien 5,3 Millionen Menschen die Arbeit nieder. Frauen verweigerten unbezahlte Tätigkeiten wie Hausarbeit. Ebenfalls beeindruckend waren die kraftvollen Frauentage in der Türkei, an denen sich Tausende beteiligten und so dem despotischen Erdogan-Regime trotzten.

Die Veranstaltung in Oberhausen endete mit dem Auftritt eines Chors und dem Stück „Brot und Rosen“. Andrea-Cora Walther vom Frauen-Plenum forderte alle TeilnehmerInnen auf, im nächsten Jahr jeweils eine weitere Person mitzubringen, damit die Demonstration in 2019 noch bunter und lauter werde. Und rief dazu auf, so lange auf die Straße zu gehen, bis Frauen gleiche Rechte und gleichen Lohn für gleiche Arbeit hätten und die unbezahlte Arbeit in Haus, Pflege, Erziehung und Bildung endlich die Anerkennung finde, die sie verdiene. ■

Ausstellung „Altersarmut ist weiblich“

Die vom Frauen-Plenum erstellte Ausstellung ist noch bis zum 12. April 2018 im Foyer des Technischen Rathauses, Bahnhofstraße 66, in Oberhausen-Sterkrade zu sehen.

Info-Tafeln, Bilder, Collagen, Installationen: die Ausstellung ist vielschichtig. Die Exponate beleuchten die spezielle Arbeitssituation von Frauen. Gründe für die Rentenlücke zwischen den Geschlechtern werden dargestellt. Die Geschichte der Rentenversicherung in Deutschland wird erzählt und ein Vergleich des hiesigen Rentensystems mit denen einiger Nachbarländer ermöglicht. Ein Rentenrechner führt vor Augen, wie erschreckend niedrig die Rente später auch für diejenigen ausfallen wird, die heute ein durchschnittliches Einkommen beziehen, wenn die Weichen nicht anders gestellt werden. Es wird thematisiert, was es heißt, im Alter arm zu sein. Die Ausstellung will auch jüngere Frauen ansprechen.

Weitere Infos: www.frauen-plenum-ob.de



■ Ausstellungseröffnung am 06.03.18, Mitglieder des Frauen-Plenums. Foto: ACW.

Die Hälfte des Himmels ... ?

Das ist nicht nur ein Buchtitel, sondern war auch einer der Slogans der 2. Frauenbewegung, abgeleitet wohl von einem chinesischen Sprichwort: Frauen tragen die Hälfte des Himmels. Uns liegt das Irdische näher, also wie viel vom „Himmel“ auf Erden haben wir schon erreicht?

B. S.

Die lange Debatte um die Groko führt uns direkt zu der Frage, wie viel Anteil an der Organisation und Verwaltung des „Himmels“ wird uns denn gewährt?

Annähernd 100 Jahre haben Frauen in Deutschland das Wahlrecht. Mit der Novemberrevolution 1918 hatte ein langer Kampf diese Selbstverständlichkeit, wie die Sozialdemokratin Marie Juchacz sagte, durchgesetzt. Und immerhin schon 1993 hatten wir die erste Ministerpräsidentin eines Bundeslandes und 2005 eine Bundeskanzlerin. Der Fortschritt ist halt eine Schnecke! Nun noch einige Beispiele aus europäischen Parlamenten:

Der Anteil der Parlamentarierinnen:

Schweden 46,1 %

Österreich 31,1 %

Deutschland 30,7 %

Ungarn 10,1 %.

Den höchsten Frauenanteil im deutschen Bundestag haben die Grünen mit 58 %, die Linke überschreitet die Hälfte geringfügig mit 53 %.

Frauenarbeit

Aber mit der Forderung nach der Hälfte des „Himmels“ denken wir nicht vordringlich an Wahlen, sondern an unser Alltagsleben. Wir denken an die Arbeitsbedingungen, an die Einkommen, an die alltäglichen häuslichen Bedingungen. Dieses Jahr ist der 18. März „Equal Pay Day“, der Tag, von dem an Frauenlöhne Männerlöhnen entsprechen. Eine Lücke von elf Wochen.

Wie ist Frauenarbeit generell beschaffen? Trotz des Ausbaus der Kinderbetreuung in Tagesstätten und Ganztagschulen bleibt Frauen mit Kindern in der Regel der Teilzeitjob. Statistisch arbeiten zwei Drittel der Frauen mit einem Kind unter sieben Jahren Teilzeit, d.h. durchschnittlich 24,2 Stunden, Männer dagegen mindestens 40 Stunden. Wir meinen hier Erwerbsarbeit. Hausarbeit und im weitesten Sinne Care- (Sorge) arbeit leisten immer noch vorwiegend Frauen. Nicht umsonst ist eine Forderung auch des Frauentags die 30 Stunden-Arbeitswoche bei Lohn- und Personalausgleich.

Selbstbestimmung

Ein gutes Beispiel für die Forderung nach Selbstbestimmung ist das Recht auf Schwangerschaftsunterbrechung. In der Bundesrepublik hat sich die Möglichkeit, über die eigene Gebärfähigkeit zu entscheiden, erheblich verbessert. Dass sich aber irgendwelche „Lebensschützer“ anmaßen, das „Ungeborene“ schützen zu müssen, bleibt nicht aus. Wie bigott das Verhalten ist, lässt sich an der Auseinandersetzung mit dem § 219a ablesen. ÄrztInnen, die anzeigen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen, werden wegen eines Verstoßes gegen § 219a angeklagt, da sie vermeintlich Werbung betrieben haben, die dieser Paragraph untersagt. Wie Frauen sich informieren kön-

nen, ist nicht so wichtig.

Die Verurteilung der Giessener Ärztin Kristina Hänel zu einer Geldstrafe hat zu einer breiten Kampagne gegen den § 219a geführt und zu einer Gesetzesinitiative für seine Abschaffung. FDP, Linke und Grüne sind für seine Abschaffung, die SPD hat sich wieder zurückgezogen, der Groko zuliebe. Die CDU/CSU ist für Beibehaltung, und schon unterstellt der neue Gesundheitsminister Spahn den KämpferInnen gegen den Paragraphen, sich mehr um den Tierschutz als um das menschliche Leben zu kümmern.

Sich vor eine Beratungsstelle mit einem Schild zu stellen, das einen Fötus abbildet, der äußert: „Ich will leben“, ist schon menschenverachtend.

Dazu passt auch, dass der Berufsverband der Frauenärzte durch die Zunahme der Schwangerschaftsabbrüche alarmiert ist. 2016 waren es 98.721 Abbrüche, 2017 aber 101.209! Schuld daran könnte unter anderem sein, dass die ApothekerInnen nicht gut genug über den Gebrauch der „Pille danach“ informieren. Die Pille gibt es seit 2015 rezeptfrei! Interessant dabei ist, dass der Alarm schon weniger gewichtig wird, wenn mensch andere Zahlen zugrunde legt. Die Abbrüche bei 10.000 Frauen zwischen 15 und 19 Jahren bewegen sich seit 2008 zwischen 56 und 59 Abbrüchen, 2017 waren es 58!

Es gibt noch viele Leerstellen in der „Hälfte des Himmels“, wir haben noch einiges zu tun! ■



Essener Tafel

Gegen Rassismus – für ein Leben in Würde!

ISO OBERHAUSEN & FREUNDINNEN

Die Maßnahme der Essener Tafel, Menschen ohne deutschen Pass vorübergehend von der Essensausgabe auszuschließen, ist rassistisch. Bei der Entscheidung, wem geholfen werden soll, ist die Staatsangehörigkeit ein sachfremdes Kriterium. Um auf so einen Gedanken zu kommen, bedarf es schon einer entsprechenden Geisteshaltung.

Ebenso inakzeptabel ist allerdings die scheinheilige

Kritik derjenigen, die maßgeblich dafür verantwortlich sind, dass so eine Situation überhaupt eintreten konnte. In Deutschland hat jeder Mensch ein grundgesetzlich verbrieftes Recht auf ein Leben in Würde. Jedoch erfüllt der Staat seine Pflichten nicht und verweist stattdessen Bedürftige an die private Wohlfahrt.

Wir unterstützen den unten stehenden Aufruf.
ISO Oberhausen & FreundInnen ■

Arme Menschen nicht gegeneinander ausspielen – Sozialleistungen endlich erhöhen

Die momentan geführte öffentliche Diskussion um eine Tafel zeigt, dass arme Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Sozialstaatliche Leistungen müssen dafür sorgen, dass für alle hier lebenden Menschen, gleich welcher Herkunft, das Existenzminimum sichergestellt ist. Es ist ein Skandal, dass die politisch Verantwortlichen das seit Jahren bestehende gravierende Armutproblem verharmlosen und keine Maßnahmen zur Lösung einleiten. Damit drohen neue Verteilungskämpfe.

Die Zahl derer, bei denen Einkommen und Sozialleistungen nicht im Mindesten ausreichen, um Armut zu verhindern, wird zunehmend größer. Es betrifft Wohnungslose, in Altersarmut Lebende, prekär Beschäftigte, Alleinerziehende, Erwerbslose und Geflüchtete.

Wieder einmal wird sichtbar, worauf Fachleute seit Jahren hinweisen: Die Regelsätze in Deutschland sind zu gering bemessen, um grundlegende Bedürfnisse abzudecken. Für Ein-Personen-Haushalte und Alleinerziehende sieht der Hartz IV-Regelsatz täglich 4,77 Euro für Essen und alkoholfreie Getränke vor. Für Kinder im Alter unter sechs Jahren sind 2,77 Euro vorgesehen, für Kinder von sechs bis 14 Jahren 3,93 Euro.

Dass Menschen, egal welcher Herkunft, überhaupt die Leistungen der Tafeln in Anspruch nehmen müssen, ist Ausdruck politischen Versagens in diesem reichen Land. Die Ehrenamtlichen der Tafeln vor Ort dürfen nicht länger dazu dienen, armutspolitisches Unterlassen auszugleichen. Die Sicherung des Existenzminimums ist Aufgabe des Sozialstaates und nicht privater Initiativen und ehrenamtlichen Engagements.

Wir fordern die zukünftige Bundesregierung auf, die Regelsätze in Hartz IV und der Sozialhilfe auf ein bedarfsgerechtes und existenzsicherndes Niveau anzuheben. Dies muss auch für die Leistungen für Geflüchtete gelten, die bisher sogar noch niedriger sind. Sozialleistungen müssen nicht nur das nackte Überleben, sondern auch ein Mindestmaß an Teilhabe ermöglichen.

Diesen Aufruf von mehr als 30 bundesweit aktiven Organisationen könnt Ihr online
beim Paritätischen ebenfalls unterzeichnen:

www.der-paritaetische.de/aufruf/

Biji Rojava – Es lebe Rojava!

ISO OBERHAUSEN & FREUNDINNEN

Während wir mitten in der Redaktionsarbeit für die März-Ausgabe der Avanti O. stecken, erreichen uns nun nahezu im Minutentakt Nachrichten, die immer mehr zur Gewissheit werden: Afrin ist gefallen, die türkische Armee und ihre dschihadistischen Söldner sind im Zentrum von Afrin Stadt.

Uns erreichen Nachrichten von Luftangriffen auf Flüchtlingskonvois und Krankenhäuser; von Folter, Vertreibung und Mord unter Allahu Akbar-Rufen an am Ort verbliebenen ZivilistInnen. Wir hören von einer Barbarei, die schon hinlänglich vom so genannten IS, dem Daesh, bekannt ist.

War diese Entwicklung leider in den letzten zwei Wochen schon absehbar, so sind wir doch geschockt, dass es nun so weit gekommen ist. An den Protesten der kurdischen GenossInnen, die es trotz einer zunehmenden Repression gegen alles Kurdische gegeben hat, haben auch wir uns beteiligt. Doch auch die zahlreichen Demonstrationen haben nicht genug Menschen wachgerüttelt gegen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei, der nur mit Unterstützung und Duldung der NATO-Staaten und Russlands durchgeführt werden konnte.

Die Bundesregierung lässt zu, dass die Türkei in Syrien mit deutschen Waffen mordet. Sie greift sogar auf Seiten Erdogans in den Konflikt ein, indem sie illegal Waffenexporte in dieses Kriegsgebiet ermöglicht. Im Ausführungsgesetz zu Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) steht u. a.:

Die Genehmigung [des Exportes] ist zu versagen, wenn:

1. die Gefahr besteht, dass die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden.

Das also schändliche, grundgesetzwidrige Verhalten der GroKo wird noch von der Niedertracht und Gemeinheit begleitet, KurdInnen, welche hier gegen diesen barbarischen Überfall, gegen die Vernichtung ihrer Heimat und gegen die Ermordung ihrer FreundInnen und Verwandten auf die Straßen gehen, als Terroristen und Gegner der Völkerfreundschaft zu verfolgen. Kurdische Fahnen, Farben und, wie letzten Samstag in Hannover, kurdische Sprechchöre werden willkürlich von der Staatsgewalt als Ausdruck terroristischer Gesinnung unter sagt und mit Sanktionen bedroht. Dem entgegenstehende Gerichtsentscheidungen werden ignoriert.

Wir befürchten, dass dies erst der Anfang war, und dass die Aggressionen weitergehen werden. Auch gegen Gebiete von Minbidsch, Qamischli, Kobane und Serekaniye – Rojava. Die Unterstützung und Duldung Deutschlands und anderer Nato-Staaten und Russlands ist gewiss, ist es doch auch das Gesellschaftsmodell des Demokratischen Konföderalismus, das angegriffen wird: Eine Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Ethnie, Religion und Herkunft friedlich miteinander leben können, und in der es konkrete und praktische Ansätze zur einer wirklichen Frauenbefreiung gibt.

Dieses Modell, so wird wohl befürchtet, könnte eine Vorbildfunktion für den „Nahen Osten“ haben und somit auch kapitalistischen Interessen entgegen stehen. Für Imperialismus und Ausplünderung sind repressive Staaten ob ihres enormen Be-

darfs an Kapital und Rüstung natürlich die besseren Geschäftspartner.

Nicht zuletzt erklärt der schmutzige Deal, den die Bundesregierung mit Erdogan geschlossen hat, das Verhalten der BRD: Der Despot hat gegen finanzielle Leistungen zugesichert, Flüchtende von Europa fern zu halten.

Für die Türkei sollen die Phantasien von einem „neuen osmanischen Reich“ Wirklichkeit werden. Der Sieg über einen selbstgeschaffenen Feind soll TürkInnen in einen nationalistischen und völkischen Taumel versetzen, um den Widerstand dagegen und auch gegen das autokratische Erdogan-Regime und seine AKP zu brechen.

In Afrin, Minbidsch, Qamischli, Kobane und Serekaniye wird nichts weniger als grundlegende Menschenrechte verteidigt.

Statt kurdischer Flaggen müssen deutsche Waffenexporte verboten werden! Das kann nur durch den Aufbau einer starken Antikriegsbewegung durchgesetzt werden.

Den Protest auf die Straße tragen und die Verantwortlichen hier in der BRD mit ihrer Komplizenschaft mit dem Aggressor Erdogan konfrontieren!

Stoppt den Angriffskrieg der Türkei!



Rings? Oder doch lieber Lechs? Kritik eines unanständigen Angebots

Ein Gespenst geht um in Europa. Aber nein! Nicht das des Kommunismus. Das ist gerade in Rekonvaleszenz. Ich meine das Gespenst des Linkspopulismus.

UDO FILTHAUT

Die so genannten Erfolge von rechten Ideologien in fast ganz Europa und anderen Teilen der Welt erzeugen in so genannten linksorientierten Kreisen den Wunsch, dagegen zu steuern. Eine linke, sozialistische Weltanschauung ist ohne den beständigen Kampf auch gegen Rechts nicht denkbar.

Da aber die menschliche Lebenszeit relativ gering und überschaubar ist, kommen einem zeitgemäße Phänomene wie z.B. rechte Erfolge unglaublich groß und dominant, wir uns selber aber klein und hilflos vor. Dies erzeugt anscheinend den Wunsch, größer zu werden. Mit Mitteln von rechts abgekupfert, so a la „wenn die damit Erfolge haben, können wir dies auch“, wird es dann hoffentlich doch (Wahl-) Erfolge geben.

Allerdings wird vielerlei dabei übersehen.

Was für Politik ist dann noch zu machen, wenn, wie Propheten dieser gefährlichen Lehre fordern, der Marxismus dekonstruiert und der daraus hervorgegangene Begriff der ArbeiterInnenklasse als Phantasiekonstrukt abgelehnt wird?

Menschen werden als nationale, aber homogene Masse, als Volk gesehen. Dies ist für mich nicht nur eine grobe, holzschnittartige Darstellung der ArbeiterInnenklasse, sondern es sind selektive, für den jeweiligen Zweck entsprechend deformierte „alternative Fakten“. Auf dieser (bewusst?) falschen Darstellung ruht das gesamte Produkt „Linkspopulismus“.

Wie aber eine wissenschaftliche Weltanschauung, wie sie der Marxismus ist, mit Annahmen, Falschbehauptungen und Zwecklügen Erfolge haben soll, kann wiederum und zwangsläufig ebenfalls nur herbei phantasiert, herbei gelogen werden.

Wie kann ein politischer Ansatz, der auf charismatische FührerInnen baut und auf Wahlen fixiert ist, gleichzeitig emanzipatorisch wirken und die Selbsttätigkeit der Menschen fördern?

Das Wichtigste aber, welches fatalerweise eh schon kaum noch

wahrgenommen wird: Die Unvereinbarkeit von Kapital und Lohnarbeit verschwände gänzlich aus den Köpfen.

Wenn nicht mehr von der ArbeiterInnenklasse, sondern vom Volk, nicht mehr von Arbeit für alle, sondern von deutscher Arbeit, und nicht mehr vom Kapitalismus, sondern von den Bonzen geredet wird, wenn also akribisch versucht wird, die ArbeiterInnenklasse zu Gunsten des deutschen Volkes unsichtbar zu machen, um nichtlinke Kreise zu gewinnen, wenn z. B. „Bestrafung *auch* für migrantische Täter“ gefordert wird, wen gewinnt man dann?

Oder noch schlimmer: Was passiert, wenn diese Taktik gar nicht den erträumten Erfolg haben wird? Wie völkisch geht es dann weiter, wenn unser Denken erst mal das Gift des Populismus in sich trägt?

Wenn es dann doch so wäre, dass es keinen Linkspopulismus gibt, sondern lediglich Populismus von Rechten, welche von sich glauben, sie wären Linke? ■

Eine kleine Auswahl aus den vielen Texten zum Weiterlesen

1. Selim Ergunalp: Linkspopulismus – ein antikapitalistisches Konzept?, *Die Internationale*, Ausgabe 6/2017, Shortlink: <http://shortlinks.de/4ng9>
2. Lutz Getzschmann: Einheit der Arbeiter*Innenklasse vs. Bündnis von „Volksklassen“, *Die Internationale*, Ausgabe 2/2018
3. Goes, Thomas E.; Bock, Violetta: *Ein unanständiges Angebot? Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte*, 2017, Papyrossa.
4. Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, *Hegemonie und Radi-kale Demokratie – Zur Dekonstruktion des Marxismus*, 2006, Passagen Verlag

Das Lied von der Moldau

Am Grunde der Moldau wandern die Steine
Es liegen drei Kaiser begraben in Prag.
Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine.
Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.

Es wechseln die Zeiten. Die riesigen Pläne
Der Mächtigen kommen am Ende zum Halt.
Und gehn sie einher auch wie blutige Hähne
Es wechseln die Zeiten, da hilft kein Gewalt.

Am Grunde der Moldau wandern die Steine
Es liegen drei Kaiser begraben in Prag.
Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine.
Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.

Bertolt Brecht, 1944

Karl Marx wird 200 (Teil II)

Ein bestimmtes Menschenbild

MANUEL KELLNER

Jedwede Auflehnung gegen Unterdrückung wäre sinnlos, wenn das Bedürfnis, andere Menschen auszubeuten dem Menschsein wesentlich zugehörte. Ein anderes Menschenbild ist vorausgesetzt, um sich über Verhältnisse zu empören, in denen Menschen einander bekämpfen, bekriegen, versklaven und ausnutzen.

Für den Philosophen Ludwig Feuerbach war der Mensch grundlegend gut. Auch wenn er böse ist, handelt er doch gegen das, was er selbst für gut hält: Heuchelei ist darum die Verbeugung des Lasters vor der Tugend. Für Karl Marx hingegen sind die Menschen zu allem fähig, im Guten wie im Schlechten: Sie brauchen menschliche Verhältnisse um sich menschlich zu verhalten.

Mit dem Aufkommen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die den einzelnen Menschen Berufe zuweist und sie damit lebenslanglich an die Ausübung einer ganz bestimmten Art von Tätigkeit kettet, beginnt für Karl Marx die Entfremdung:

„Sowie nämlich die Arbeit verteilt zu werden anfängt, hat Jeder einen bestimmten ausschließlichen Kreis der Tätigkeit, der ihm aufgedrängt wird, aus dem er nicht heraus kann; er ist Jäger, Fischer oder Hirt oder kritischer Kritiker und muss es bleiben, wenn er nicht die Mittel zum Leben verlieren will – während in der kommunistischen Gesellschaft, wo jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ (MEW 3, *Die deutsche Ideologie*, S. 33.)

Die Freien der griechischen Stadtstaaten trieben Politik, Philosophie, Künste und Sport. Sie betätigten ihre körperlichen und geistigen Kräfte um glücklich zu sein. Materielle Grundlage dafür war die Arbeit der Sklaven. In den späteren Klassengesellschaften waren die Produzentinnen und Produzenten ebenfalls von den „höheren“ Tätigkeiten ausgeschlossen.

Karl Marx Vorstellung von einer kommunistischen Gesellschaft sah die freie Entfaltung der menschlichen Anlagen für alle

Mitglieder der Gesellschaft vor. Dafür ist ein hohes Niveau der Arbeitsproduktivität nötig, um die Arbeitszeit radikal zu verkürzen. Frei verfügbare Zeit betrachtete Marx als den „eigentlichen Reichtum“.

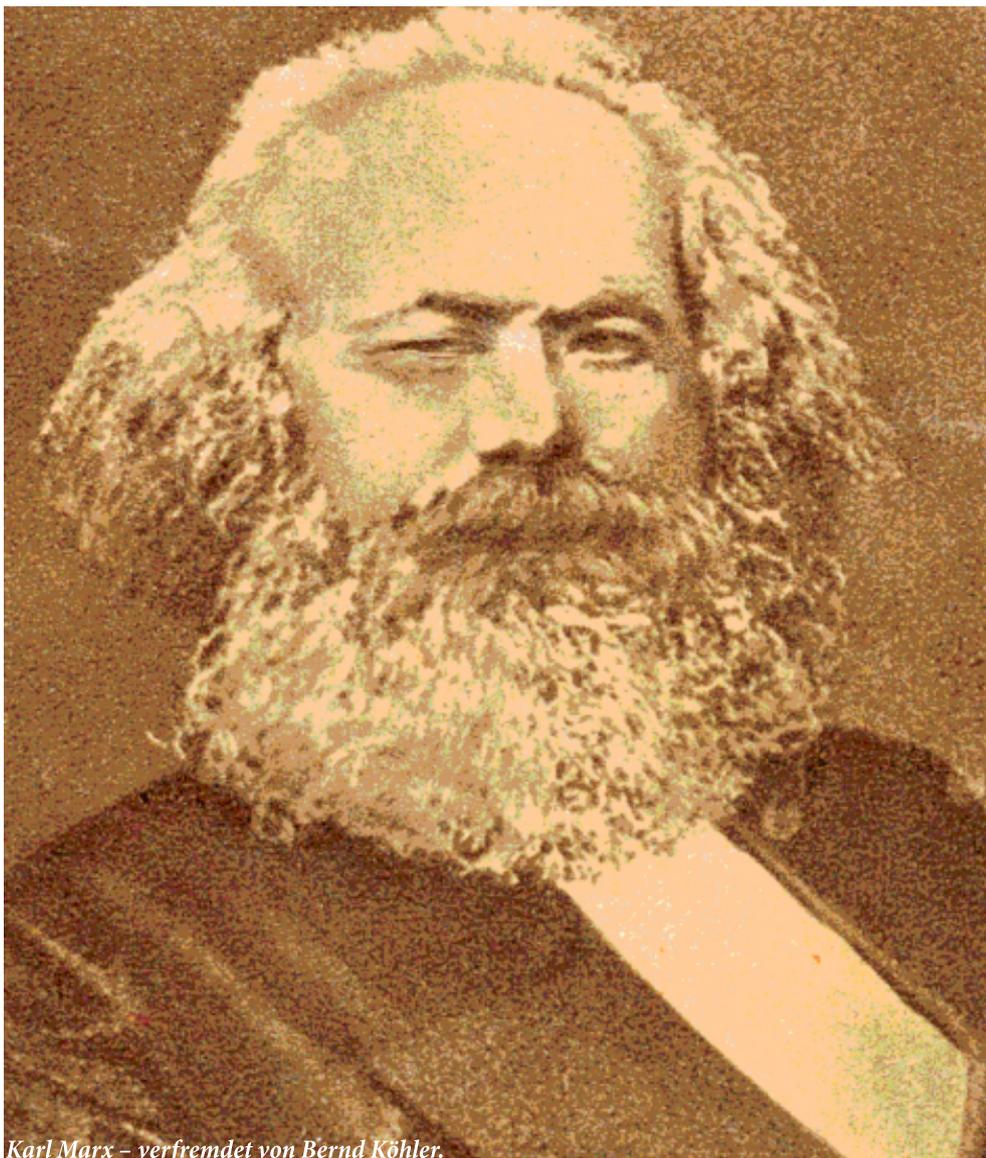
„Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.“ (MEW 25, *Das Kapital*, Bd. 3, S. 873.)

Wo die kreative Tätigkeit Selbstzweck ist, entwickelt sich die eigentliche menschliche Produktivität. Die verbleibende Pflichtarbeit, aufgeteilt auf alle arbeitsfähigen Menschen, so sehr sie auch „humanisiert“ wird, kann hingegen nie als wirklich freie Betätigung empfunden werden. Wenn die – ihrer Natur

nach begrenzten – materiellen Bedürfnisse für alle reichlich befriedigt werden, verlagert sich die menschliche Tätigkeit und Bedürfnisstruktur weg von der Produktion von Sachen.

Im „*Kommunistischen Manifest*“ heißt es: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassen-gegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (MEW 4, *Manifest der Kommunistische Partei*, S. 482.)

Woher wissen wir von der Produktivität der freien Selbstentfaltung und dem Glück, das sie verschafft? Von der Selbstvergessenheit eines Kinds im Spiel und von Erwachsenen, die voller Elan ihrem liebsten Hobby nachgehen. ■



Karl Marx – verfremdet von Bernd Köhler.

Veranstaltungsreihe Revolution, Revolution!

Die deutsche Revolution 1848/49

In diesem Jahr wird das Bündnis „Roter Oktober“, das 2017 die Veranstaltungsreihe zur Russischen Revolution organisiert hat, in Oberhausen erneut eine Veranstaltungsreihe durchführen:

2018 würde Karl Marx seinen 200. Geburtstag feiern. Bert Brecht würde 120 Jahre alt. Die Märzrevolution 1848 jährt sich zum 170. Mal. Die Novemberrevolution 1918 wird 100. Und der folgenreiche Mai 1968 hat 50-jähriges Jubiläum.

Die Reihe „Revolution, Revolution!“ beginnt mit einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Deutschen Revolution 1848/49.

Sie findet am Dienstag, den 17. April um 19:00 Uhr in der Fabrik K14 statt. Referent ist Dr. Manuel Kellner aus Köln.

Aus der Veranstaltungsbeschreibung:

„... Die Ziele der deutschen Revolution 1848/49 waren Demokratie, nationale Einheit und Unabhängigkeit von den in der „Heiligen Allianz“ zusammengeschlossenen Fürstentümern. Die Revolution erzwang zunächst die „Märzministerien“, die dem liberalen Bürgertum Zugeständnisse machten sowie die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung, die am 18. Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche zusammentrat.

Die führende Rolle hatten dort die bürgerlich-liberalen Kräfte, die für eine konstitutionelle Monarchie eintraten. Die linke Minderheit war radikal demokratisch, nämlich für eine parlamentarisch-demokratische Republik.

Als die Revolution auf dem absteigenden Ast war, schlug der

preußische König die ihm von der „Paulskirche“ angetragene Kaiserkrone aus. Preussische und österreichische Truppen schlugen die Revolution nieder.

Karl Marx zog die Bilanz, dass die ArbeiterInnenklasse beim nächsten Anlauf unabhängig vom demokratischen Kleinbürgertum auftreten müsse – zugunsten einer „Revolution in Permanenz“, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Macht verdrängt sind...“

Weitere Termine der Veranstaltungsreihe werden in Kürze veröffentlicht, unter anderem auf unserer Website. ■



Straßenkämpfe am Alexanderplatz in Berlin im Jahr 1848 während der Deutschen Revolution.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

Redaktion:

ISO Oberhausen & FreundInnen

Kontakt:

ISO / IV. Internationale Oberhausen

Postfach 10 01 25

D-46001 Oberhausen

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46

Email: info@iso-4-oberhausen.de

Web: www.iso-4-oberhausen.de

V.i.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim



TERMINE (weitere Infos bei der ISO Oberhausen)

- Dienstag, 20.03.18, 19:00 Uhr, Treffen vom Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Linkes Zentrum, Oberhausen
- Bis einschl. Donnerstag, 12.04.18, Ausstellung „Altersarmut ist weiblich“, Technisches Rathaus (Foyer), OB-Sterkrade
- Dienstag, 17.04.18, 19:00 Uhr, Veranstaltung mit Manuel Kellner zur Deutschen Revolution, Oberhausen, Fabrik K14